

M<sub>1</sub>

## „Schlecht bezahlte Ortschefs“

### Impulstext

Nach Lektüre des Impulstextes (M<sub>1</sub>) werden auf einer Plus-Minus-Liste auf der Tafel Argumente aus der Sicht der SchülerInnen gesammelt, die sie dazu ermuntern oder sie davon abhalten würden, sich als BürgermeisterIn zur Verfügung zu stellen. Besondere Beachtung kann dabei der Frage zukommen, warum die Zahl der Bürgermeisterinnen immer noch sehr gering ist, im Verhältnis geringer als die der weiblichen Nationalratsabgeordneten.

Wie könnte ein Inserat in der Zeitung aussehen, in dem für diesen Job geworben wird?

Im Grunde gehören laut Helmut Mödlhammer (Präsident des österreichischen Gemeindebundes) die Ortschefs zu den „schlecht bezahlten“ PolitikerInnen. Vor allem jene in Gemeinden mit nur wenigen EinwohnerInnen, weil sich die Höhe der Aufwandsentschädigungen nach dieser Kopfzahl bemisst. Mödlhammers Angaben entsprechend erhält ein/e BürgermeisterIn in einer 1.000-EinwohnerInnen-Gemeinde etwa 1.500 Euro brutto pro Monat, 14-mal im Jahr. Der/die BürgermeisterIn einer größeren Stadt wie St. Pölten mit 50.000 Ansässigen kommt hingegen auf rund 10.000 Euro brutto. Ortschefs in kleinen Gemeinden verdienen zu wenig um allein davon leben zu können,

deshalb übt die große Mehrheit der BürgermeisterInnen ihr Amt nebenberuflich aus. Gegen dieses Arrangement sei nichts einzuwenden, solange der Zweitjob in der freien Wirtschaft oder bei einer Behörde von der politischen Behörde unabhängig sei. Mittlerweile ist jede/r zweite BürgermeisterIn auch GemeindeamtsleiterIn. Mödlhammer ortet bei den Bürgermeisterämtern ernsthafte Nachwuchsprobleme, zumal Ortschefs mit ihrem Privatvermögen für bau- oder wasserrechtliche Entscheidungen haftbar gemacht werden können.

Aus: „Der Standard“ vom 10./11. November 2003, S. 10